

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik

Beschlussdatum: 11.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-4

Von Zeile 705 bis 707:

unbürokratisch und im engen Schulterschluss mit den Kommunen vor Ort. So sorgen wir dafür, dass überall im Land eine verlässliche medizinische Grundversorgung [\[Zeilenumbruch\]](#) gewährleistet bleibt.

Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung stärken

Die Gesundheitsversorgung von Frauen wollen wir gezielt verbessern. Dazu fördern wir ein Forschungsprojekt zum Gender Data Gap in der Medizin, um die Grundlage für eine geschlechtergerechte medizinische Versorgung zu schaffen. Medizinische Forschung und Versorgung müssen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern besser berücksichtigen – von Diagnostik und Therapie bis hin zu Prävention und Rehabilitation.

Vor, während und nach der Geburt sind Hebammen unverzichtbar für die physische und psychische Gesundheit von Mutter und Kind. Wir setzen uns dafür ein, die Hebammenversorgung flächendeckend und verlässlich sicherzustellen. Jede Frau soll eine Hebamme an ihrer Seite haben – in der Schwangerschaft, bei der Geburtsvorbereitung, während der Geburt sowie in der wichtigen Nachsorge im Wochenbett.

Dafür braucht es eine angemessene Vergütung der Hebammenleistungen und eine zeitgemäße Ausgestaltung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Hebammen und Familien. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Verbesserung des Hebammenhilfevertrags in der gesetzlichen Krankenversicherung einsetzen – für eine sichere und verlässliche Versorgung von Müttern, Kindern und Familien.

Zu einer guten medizinischen Versorgung gehört, dass jede Frau Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen bekommt, um eine selbstbestimmte Entscheidung zu treffen. Wir setzen uns für eine flächendeckende Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen ein – insbesondere im ländlichen Raum von Baden-Württemberg. Auf Bundesebene wirken wir darauf hin, dass selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in § 218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert, sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden.

Wir setzen uns für eine diskriminierungsfreie, bedarfsgerechte und sichere Gesundheitsversorgung für LSBTIQ*-Personen ein. Queere Menschen haben ein Recht auf medizinische Betreuung, die ihre Lebensrealitäten respektiert – frei von Vorurteilen, Ausgrenzung oder strukturellen Barrieren. Deshalb machen wir uns für den Ausbau von Fortbildungen zu LSBTIQ*-Sensibilität im Gesundheitswesen stark. Spezialisierte Beratungs- und Versorgungsangebote fördern wir und queere Perspektiven in der Gesundheitsforschung und -planung wollen wir stärker berücksichtigen. Zentral ist dabei der Schutz vor Diskriminierung in medizinischen Einrichtungen. Denn Gesundheit darf keine Frage der sexuellen Orientierung oder

geschlechtlichen Identität sein – sondern ein Menschenrecht für alle.
Außerdem legen wir besonderen Fokus auf ein barrierefreies und inklusives Gesundheitssystem im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen die Selbsthilfe weiter stärken und die Patient*innenbeteiligung in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ausbauen.

Begründung

Es gibt auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung, nach wie vor einen großen Bedarf, auf die Geschlechtergerechtigkeit einzugehen., unterschiedliche Bedürfnisse, unterschiedliche Datengrundlagen und unterschiedliche Ausgangssituation machen dies nötig. In unserem Antrag gehen wir auf diese Punkte ein.

Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen, besonders im ländlichen Raum sind wir nicht gut aufgestellt.

Wir Grüne müssen zu diesem wichtigen Thema der Selbstbestimmung, Stellung beziehen und können ein, uns so wichtiges Thema, im Wahlprogramm nicht unerwähnt lassen.